

Number 84 / 2014

Working Paper Series

by the University of Applied Sciences bfi Vienna



Räumliche Rekonfiguration in Europa und Implikationen für Entwicklungsstrategien

Dezember 2014

Johannes Jäger

Fachhochschule des bfi Wien

Elisabeth Springler

Fachhochschule des bfi Wien

Gefördert von

MA23



Wirtschaft, Arbeit + Statistik

Stadt+Wien

ISSN 1995-1469

Hinweis des Herausgebers: Die in der Working Paper Serie der Fachhochschule des bfi Wien veröffentlichten Beiträge enthalten die persönlichen Ansichten der AutorInnen und reflektieren nicht notwendigerweise den Standpunkt der Fachhochschule des bfi Wien.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Krise und räumliche Rekonfiguration.....	5
3. Räumliche Rekonfiguration in Europa	8
3.1 Chaotische Entwicklung und Zusammenbruch	8
3.2 Keynesianisches Europa	9
3.3 Radikaler Reformismus und post-kapitalistische Entwicklung	10
3.4 Verfestigung des autoritären Neo-Liberalismus und ad-hoc Krisenmanagement.....	11
4. Schlussfolgerungen zu Entwicklungsstrategien	12
5. Literatur.....	14

Abstract

The crisis in Europe has led to accelerated processes of spatial reconfiguration. The final outcome of the crisis in Europe is yet unclear. However, the paper aims to discuss ongoing processes of spatial reconfiguration and future European developments. Based on an integrative approach which combines post-Keynesianism and critical political economy perspectives possible scenarios and the preconditions for them to realize are presented. In addition, implications for development strategies in Europe are evaluated.

1. Einleitung

Die Krise hat bislang nicht nur zu Rezession und einer lang andauernden Stagnation, sondern überdies in Europa zu sehr ungleichen Entwicklungen geführt. Es stellt sich daher die Frage, welche räumlichen Rekonfigurationen damit verbunden sind und welche Implikationen dies für Entwicklungsstrategien in Europa hat. Wenn auch die Krise an der Oberfläche erst 2008 ausgebrochen ist, so liegen ihre strukturellen Ursachen dennoch weiter zurück. Um die aktuellen und möglichen zukünftigen Entwicklungen abschätzen zu können, werden daher auch diese strukturellen Ursachen kurz angesprochen. Theoretisch basieren wird die Arbeit dabei auf die Zusammenführung von post-keynesianischen und politökonomischen Perspektiven. Diese ermöglichen eine Einschätzung der Entwicklungen in Europa bezogen auf unterschiedliche Klassen und AkteurInnen, aber auch in intersektioneller Perspektive (siehe Jäger/Mader/Springler 2014). In einem ersten Teil stellen wir zunächst knapp den theoretischen Zugang zu Krise und räumlicher Entwicklung dar. Im Anschluss daran werden die bisherigen Entwicklungen in Europa kurz umrissen. Darauf aufbauend werden unterschiedliche Szenarien zu möglichen europäischen Entwicklungen und den damit verbundenen räumlichen Rekonfigurationsprozessen dargelegt. Abschließend werden entsprechend Schlussfolgerungen für Strategien gezogen.

2. Krise und räumliche Rekonfiguration

Grundsätzlich gibt es zwei unterschiedliche Dimensionen, auf die kritische politische ÖkonomInnen und Post-KeynesianerInnen bezogen auf die Krise fokussieren. Einerseits wird auf den Bank- und Finanzsektor, die Geldpolitik und die damit verbundenen Krisentendenzen geblickt. Andererseits werden „reale“ bzw. „produktive“ Veränderungen in den Blick genommen und Ursachen für krisenhafte Entwicklungen vor allem darin ausgemacht. Generell kann festgestellt werden, dass zu Beginn der Krise und später im Rahmen der sogenannten Eurokrise der Fokus häufig auf dem Finanzsektor lag, während später auch die anderen Dimensionen bzw. die Verknüpfung zwischen Finanz- und Produktivsektor besonders im Vordergrund standen. Was als Krise im Finanzsektor begann und sich später zu einer Eurokrise ausweitete wurde in der Folge im öffentlichen Diskurs häufig als Staatsschuldenkrise dargestellt. Bemerkenswert ist jedenfalls, dass einzelne Länder (und auch Regionen) von der Krise sehr unterschiedlich erfasst wurden. Während einerseits manche Länder in eine sehr tiefe Krise stürzten, so kann in anderen Ländern eher von einer – durch kleinere Auf- und Abschwünge gekennzeichneten – Stagnation gesprochen werden. Auffällig ist dabei, dass sowohl Euro- als auch Nicht-Euro-Länder von der Krise im Durchschnitt bislang gleichermaßen erfasst waren (siehe EuroMemoGroup 2014: tab. 1.1). Es greift daher zu kurz, von einer Eurokrise zu sprechen. Vielmehr handelt es sich um eine Krise in der Europäischen Union. Im Durchschnitt ist das BIP in der EU (28) zwischen 2008 und 2013 akkumuliert um 1,5% geringer geworden. Die Eurozone hatte mit einem akkumulierten Minus von 1,9% einen sehr ähnlichen Wert. Dennoch waren die Auswirkung und der Verlauf der Krise in Europa sehr ungleich. Deutschland ist im Euroraum bislang am besten durch die Krise gekommen und kann im Vergleich zum Vorkrisenniveau ein akkumuliertes Wachstum von 2,9% vorweisen. Periphere Ökonomien waren mit der Ausnahme von Polen, das auch in der Krisenperiode beträchtliches Wachstum erzielen konnte, in der Regel jedoch von einer tiefen Krise erfasst und haben bislang das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht. Trotz immer wieder aufkeimender optimistischer Vorhersagen konnte die Stagnation in Europa bislang nicht überwunden werden. Besonders deutlich zeigte sich auch in der Krise, dass es zu einer Spaltung zwischen einem reicheren Kern der Länder rund um Deutschland einerseits und ärmeren peripheren Ländern

andererseits gekommen ist. Damit vertieft sich eine neue Geographie, die zunehmend von Divergenz statt Konvergenz geprägt ist. Die Gründe dafür werden im Folgenden dargelegt.

Sowohl Post-Keynesianismus als auch die politische Ökonomie verfügen beide über ein breites Repertoire an Zugängen zu räumlichen Entwicklungstheorien, weshalb sie sich für die Bearbeitung der Frage nach räumlicher Rekonfiguration besonders eignen (vgl. Jäger/Springler 2012). Post-keynesianisch inspirierte Theorien gehen dabei insbesondere der Frage nach, wie Nationen oder Regionen ihre wirtschaftliche Entwicklungsdynamik stärken können. Besonderes Augenmerk wird dabei auf nachfrageorientierte Strategien gelegt (Springler 2013). Dies wurde für die Diskussion abhängiger Regionen vor allem im Zuge des lateinamerikanischen Strukturalismus herausgearbeitet (Prebisch 1976). In politökonomischen Perspektiven wird insbesondere auf die räumliche Ungleichheit produzierenden Mechanismen, die kapitalistischen Produktionsweisen zugrunde liegen, hingewiesen, wobei ökonomische und politische Faktoren integrativ analysiert werden. Die Vorstellung von der generellen ungleichen und ungleichzeitigen historischen Entwicklungsdynamik des Kapitalismus (Smith 2008) wird im Kontext von neo-imperialistischen (Petras 2013) und weltstystemtheoretischen Zugängen (Arrighi 2008) von konkreteren theoretischen Zugängen wie etwa der Dependenztheorie (Cardoso/Faleto 1979, Marini 1991 [1973]) ergänzt, die konkrete Ansatzpunkte für Veränderungen räumlicher wirtschaftlicher und politischer Strukturen analysieren.

Generell können politökonomische und post-keynesianische Perspektiven als komplementär erachtet werden, wenn es um Fragen des Krisenverlaufs, der Anti-Krisenpolitik und der räumlichen Rekonfiguration geht. Die unterschiedlichen Zugänge auch innerhalb dieser großen theoretischen Paradigmen beleuchten jeweils verschiedene Facetten und Dimensionen dieser Prozesse (für einen Überblick siehe Jäger/Mader/Springler 2014). Beide Perspektiven stimmen weitgehend dahingehend überein, dass wesentliche Ursachen der Krise und Stagnation in den Vorkrisenstrukturen liegen. Während keynesianische Aspekte stärker die spezifische Ausgestaltung der wirtschaftspolitischen Institutionen wie etwa der Geldpolitik und der Fiskalpolitik im Euroraum als erklärende Elemente heranziehen, betonen politökonomische Zugänge vor allem die diesen Institutionen zugrunde liegenden ökonomischen Strukturen und politischen Machtverhältnisse. Entsprechend werden auch die Ursachen einerseits in einer inadäquaten institutionellen Struktur und andererseits in spezifischen Produktionsweisen und damit verbundenen Wirtschafts- und Machtstrukturen verortet. In räumlicher Hinsicht führten Institutionen wie die spezifische Verknüpfung von Produktionsweisen im Vorfeld der Krise zu asymmetrisch verbundenen Akkumulationsregimen. Darauf wurde insbesondere im Rahmen der Regulationstheorie als des konkreten politökonomischen Zugangs hingewiesen (Becker/Jäger 2010). Die institutionelle Ausgestaltung der EU sowie des Euroraums ist aus dieser Perspektive vor allem vor dem Hintergrund der für diese institutionellen Strukturen verantwortlichen dominanten Kapitalgruppen und Kräfteverhältnisse in der EU zu verstehen. Die Durchsetzung neo-liberaler wirtschaftspolitischer Institutionen war demnach wesentlich das Ergebnis von Strategien trans-nationaler Kapitalgruppen (Apeldoorn et al. 2009). Diese Strukturen führten zur Herausbildung von zwei unterschiedlichen Akkumulationsmodellen, die die langjährig äußerst schwache Wachstumsdynamik in Europa (Cafruny/Ryner 2007) nur kurzfristig unterbrechen konnten, da die grundlegende Problematik einer Überakkumulationskrise (in politökonomischer Perspektive) bzw. einer Verschiebung der funktionalen Verteilung zugunsten des Kapitals chronische Verwertungsprobleme bzw. einen chronischen Mangel an effektiver Nachfrage (Keynesianische Perspektive) produziert hatte. Einerseits waren dies exportorientierte Akkumulationsmodelle. Im Zentrum standen dabei Deutschland und mit der

deutschen Ökonomie verknüpfte Akkumulationsmodelle, u.a. in den Niederlanden, in Österreich und Tschechien, die in das deutsche Produktivsystem integriert waren. Diesem produktiven Kern standen Akkumulationsmodelle in der europäischen Peripherie gegenüber, die als abhängig und finanzialisiert charakterisiert werden können. Die europäische Wachstumsdynamik ergab sich damit insbesondere daraus, dass Exportüberschüsse im produktiven Kern durch steigende Auslandsverschuldung in der Peripherie ermöglicht wurden und dort zu negativen Handelsbilanzen führten. Dieser Prozess wurde durch den Euro noch verschärft, der potenzielle Zahlungsbilanzschwierigkeiten aufgrund von Ungleichgewichten als weniger problematisch erscheinen ließ. Produktivem Wachstum in den Zentrumsstaaten standen fiktive Akkumulationsstrategien in der Peripherie gegenüber, die zwar in vielen Fällen durch ansehnliche Wachstumsraten gekennzeichnet waren, welche sich später jedoch häufig als Blasen herausstellten. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise wurden diese Probleme offensichtlich, und die zunehmende Verschuldung in der Peripherie fiel als Motor des europäischen Wachstums aus.

Das europäische Krisenmanagement zielte zunächst darauf ab, die aus den USA überschwappende Finanzkrise durch Bankenrettungsprogramme und Sozialisierung der Verluste einzudämmen. Kurz darauf wurden – insbesondere im produktiven Zentrum Europas – auch keynesianisch inspirierte nachfragestimulierende Politiken durchgeführt, um den drohenden ökonomischen Kollaps hintan zu halten. Insbesondere Deutschland ist auch seit 2008 durch eine – zumindest im europäischen Vergleich – relativ stabile Lohnentwicklung aufgefallen, was wesentlich dazu beigetragen hat, dass Deutschland die Krise vergleichsweise besser überstanden hat (vgl. Lehndorff 2014). Während zunächst in Krisenländern außerhalb der Eurozone, wie etwa in Ungarn, anti-keynesianische und damit krisenverschärfende Stabilisierungspolitiken mit Unterstützung des IMF umgesetzt wurden, so wurden mit dem Ausbruch der Eurokrise diese Politikmuster auf die Krisenländer der Eurozone ausgeweitet. Auch dort wirkten diese Politikmuster krisenverschärfend. Damit wurde die Kluft innerhalb der EU an der Oberfläche wieder deutlich. Diese räumlich divergierenden Entwicklungen führten zu einem klaren Auseinanderdriften von Zentrum und Peripherie. Gleichzeitig wurde damit der abhängige Status der europäischen Peripherie vertieft. Dies zeigte sich nicht nur in den Ergebnissen der Politik, sondern auch daran, wie diese Politiken vom Zentrum – allen voran von Deutschland aus – auf europäischer Ebene durchgesetzt wurden (Heinrich/Jessop 2013, Cafruny 2015). Die abhängige Bourgeoisie in diesen Ländern, wie z.B. in Spanien, unterstützte diese Politik, um bei der Gelegenheit die Position der Lohnabhängigen – etwa durch radikale Unterminierung des Tarifvertragssystems oder den Abbau des Sozialstaates – nachhaltig zu schwächen (Navarro 2011). Dies war eine Entwicklung, die aus Perspektive der Dependenztheorie (vgl. Becker/Jäger/Weissenbacher 2013) schwerlich als überraschend bezeichnet werden kann.

In einer Reihe von weiteren Schritten wurden die restriktiven Politiken auf EU-Ebene gegenüber peripheren Krisenländern verallgemeinert und institutionell auf EU-Ebene als generelle Regeln verankert (Oberndorfer 2015). Diese betreffen die Fiskalpolitik und indirekt, aber auch direkt das Lohnverhältnis. Es kann damit eine teilweise räumliche Verschiebung des Lohnverhältnisses – unter restriktiven Vorzeichen – auf die europäische Ebene festgestellt werden. Dadurch wird der Preiswettbewerb über Löhne verstärkt, was eine Verschärfung der Überakkumulationskrise durch eine tendenzielle Dämpfung der Nachfrage mit sich bringt. Überdies führt diese Entwicklung dazu, dass sich die Entwicklungsperspektiven für die Peripherie weiter drastisch verschlechtern. Damit hat das Krisenmanagement zwar nicht zu einer Grundlage für dynamisches Wachstum geführt, die Krise blieb aus Sicht der herrschenden Klassen jedoch nicht ungenützt. Die Position

von Kapital gegenüber Arbeit wurde zumindest mittelfristig deutlich gestärkt, wobei Zwangselemente im Vergleich zu Konsenselementen deutlich zugenommen haben. In der Folge spitzt sich die Krise zu und eine damit verbundene räumliche Divergenz der Entwicklungen führt tendenziell zu einer Verstärkung ökonomischer und politischer Widersprüche und zu entsprechend schwer vorhersehbaren Entwicklungen.

Während einerseits bislang das Abrutschen in eine chaotische und damit unkontrollierbare Entwicklung vermieden werden konnte, haben sich andererseits widersprüchliche und zentrifugale Entwicklungstendenzen in der Krise manifestiert. Die zum Teil in jüngerer Zeit reduzierten Ungleichgewichte können über diese Situation nicht hinwegtäuschen. Die ungleiche und ungleichzeitige Entwicklung der Krise führte zu fragmentierten Antworten seitens der Lohnabhängigen. Trotz zahlreicher Proteste sogar auf europäischer Ebene blieben diese vielfach unkoordiniert und es gelang nicht, eine einheitliche und schlagkräftige Opposition zu den dominanten Anti-Krisenpolitiken zu etablieren (Becker 2014). Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass Widersprüche vermehrt zu Widerständen seitens der subalternen Klassen führen und damit emanzipatorische – aber reaktionäre – Kräfte gestärkt werden können. Bislang zeigten sich solche radikaleren Entwicklungen vor allem im nationalen Rahmen und in den von der Krise besonders negativ betroffenen peripheren Ländern.

3. Räumliche Rekonfiguration in Europa

Vor dem Hintergrund dieser ungleichen Entwicklungen in Europa vor und während der Krise werden im Folgenden mögliche weitere Entwicklungsdynamiken und ihre räumlichen Implikationen diskutiert. Die Analyse erfolgt dabei weitgehend in Anlehnung an Buckel et al. (2012), Jäger/Springler (2015), Niechoj (2015). Dabei analysieren wir, unter welchen Bedingungen bestimmte Entwicklungen vonstattengehen können und welche strukturellen Veränderungen und Strategien von unterschiedlichen AkteurInnen diese Entwicklungen potenziell beeinflussen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf ökonomischen Entwicklungsdynamiken, weniger auf partikulären politischen Prozessen. Dabei versuchen wir auch, die Wahrscheinlichkeit der Realisierung einzelner Entwicklungspfade einzuschätzen.

3.1 Chaotische Entwicklung und Zusammenbruch

Vor dem Hintergrund des bisherigen Krisenverlaufs und des bisherigen Krisenmanagements scheinen eine chaotische Entwicklung sowie ein totaler Zusammenbruch nicht sehr wahrscheinlich. Bislang haben sich die tonangebenden KrisenmanagerInnen in der Lage gezeigt, derartige Entwicklungen zu vermeiden. Wo es unerlässlich war, wurden heterodoxe – ja, früher im Kontext dominanter neoliberaler wirtschaftspolitischer Diskurse als undenkbar geltende Maßnahmen – bislang immer gerade noch rechtzeitig umgesetzt. Dies gilt sowohl für keynesianisch inspirierte nachfrageorientierte Stabilisierung bei Ausbruch der Krise als auch für die zahlreichen Maßnahmen zur Bankenrettung und Stabilisierung des Finanzsystems seitens der EZB sowie der Nationalstaaten. In peripheren Staaten, die für die gesamte Entwicklung in Europa von nur marginaler Bedeutung sind – wie etwa in Griechenland – wurde zwar eine äußerst tiefe Krise zugelassen bzw. wirtschaftspolitisch herbeigeführt, nicht jedoch in den großen und bedeutenden Kernländern der EU. Obwohl sich durch diese Maßnahmen der öffentliche Schuldenstand deutlich erhöht hat, scheinen dennoch ausreichende Reserven gegeben, um einer weiteren schlagartigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage neuerlich etwa mit keynesianischen Maßnahmen entgegenzutreten. Auch wenn Flächentarifverträge

im Rahmen der Krise zum Teil deutlich ausgehöhlt worden sind, so scheint es potenziell dennoch technisch möglich, angesichts einer sich drastisch zuspitzenden Krise über staatliche Regelungen kurzfristig eine abrupte Lohnabsenkung zu verhindern. Dem steht zwar die mittlerweile noch stärker anti-keynesianische Ausrichtung der europäischen wirtschaftspolitischen Strukturen entgegen (Stockhammer/Köhler 2015), wie die Vergangenheit jedoch gezeigt hat, kann durchaus erwartet werden, dass angesichts drohender chaotischer Entwicklungen diese restriktiven Regelungen ebenso über Board geworfen werden. Dies deshalb, weil es auch aus Sicht der herrschenden Klassen jedenfalls darum geht, chaotische Prozesse zu vermeiden, da solche Entwicklungen potenziell ihre Oberhoheit durch das Entstehen von Aufständen und radikalen politischen Bewegungen und Parteien untergraben könnten (Duménil/Levy 2004). Damit wäre ihre gesellschaftliche Position gefährdet, was aus Sicht der herrschenden Klasse keinesfalls wünschenswert ist. Dennoch kann man nicht mit Sicherheit davon ausgehen, dass die herrschenden Klassen Zuspitzungen der Krise effektiv und ihrem Interesse entsprechend entgegen werden und können. Wie Heinrich/Jessop (2013) festhalten, sind auch die herrschenden Klassen nicht zuletzt angesichts der ungleichen Entwicklungstendenzen von zahlreichen Divergenzen und Widersprüchen gekennzeichnet. Ebenso können institutionelle Inkohärenzen und Dysfunktionalitäten eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Auch wenn diese Problematiken nicht unterschätzt werden dürfen, so scheint für uns aus heutiger Perspektive eine entsprechend chaotische und in einem Zusammenbruch oder in kriegerischen Auseinandersetzungen innerhalb der EU mündende Entwicklung noch nicht absehbar und damit in näherer Zukunft nicht sehr wahrscheinlich.

3.2 Keynesianisches Europa

Post-keynesianische Perspektiven teilen häufig explizit oder implizit die Annahme, dass eine wirtschaftspolitische Struktur, die von Vollbeschäftigung und Wachstum gezeichnet ist, als erstrebenswert zu erachten ist. Deutlich wird dies etwa bei Nichoj (2015), der argumentiert, dass auf europäischer Ebene entsprechende institutionelle Strukturen geschaffen werden sollten, die eine koordinierte Makropolitik unter keynesianischen Vorzeichen ermöglicht. Im Kern müssten dabei eine koordinierte Fiskalpolitik sowie ein substanzielles Budget auf EU-Ebene stehen. Darüber hinaus soll wie Flassbeck/Lapavitsas (2015) betonen, eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik auf europäischer Ebene bzw. im Euroraum dazu führen, dass Ungleichgewichte vermieden, Nachfrage stabilisiert und lohngetriebenes Wachstum möglich wird. Kurzfristig sollten in dieser Sichtweise nominale Lohnsteigerungen in den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen – allen voran in Deutschland – deutlich über der Produktivitätsentwicklung liegen, um die Ungleichgewichte abzubauen. Darüber hinaus sollten in dieser Perspektive nicht-nachhaltige Schulden in der Eurozone – etwa durch Schuldenstreichungen – abgebaut werden, um die Räume für Fiskalpolitik wieder zu erweitern. Ein Austritt aus der Eurozone wird für manche Länder ebenso in Erwägung gezogen (Lapavitsas 2011). Dies ist keinesfalls abwegig, haben sich doch übernationale Währungsräume historisch als äußerst instabil erwiesen (Berthold/Braun/Coban 2014). Grahl (2015) betont überdies, dass die Implementierung eines progressiven europäischen Wohlfahrtssystems ebenso von zentraler Bedeutung für eine derartige Politik wäre. Darüber hinaus wird eine adäquate Regulierung des Finanzsystems ebenso als unerlässlich erachtet. Weniger in post-keynesianischer, sondern vor allem in politökonomischer Perspektive wird zur Erreichung eines Konvergenz bringenden Wachstums auf die zentrale Bedeutung einer entsprechenden Industriepolitik, die Grundlagen für Wachstum in peripheren Regionen schaffen kann, hingewiesen

(Becker/Jäger/Weissenbacher 2013). Post-keynesianische Zugänge gehen in der Regel davon aus, dass in Anlehnung an das Idealbild des Fordismus auf nationaler Ebene eine ähnliche Politik heute auf europäischer Ebene umgesetzt werden sollte und dies möglich sei. Entsprechend wird hier die Vorstellung von einer Angleichung der Entwicklungsniveaus implizit oder teilweise auch explizit artikuliert. Kritische politökonomische Zugänge betonen jedoch, dass fordistische Einkommenspolitik und ein entsprechender Wohlfahrtsstaat in Westeuropa in einer ganz spezifischen historischen Situation entstanden sind. Erst nach der Erfahrung der großen Depression in den 1930er Jahren, die den Zweiten Weltkrieg mit sich gebracht hatte, und vor dem Hintergrund der globalen Systemkonkurrenz zwischen Ost und West gelang es den Lohnabhängigen, einen für sie relativ vorteilhaften Klassenkompromiss durchzusetzen. Die historische Konstellation und damit das soziale Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital haben sich aber seither fundamental verändert. Im Zuge der Auflösung des Bretton Woods Systems und der darauf folgenden Durchsetzung neo-liberaler Politiken wurde auf europäischer Ebene eine neoliberale Regulationsweise etabliert. Es stellt sich daher die Frage, wie angesichts der gegebenen politischen Kräfteverhältnisse auf europäischer Ebene die Etablierung und Umsetzung einer gänzlich zur jüngeren Vergangenheit konträren Politik möglich sein sollte. Die Versuche in den 1980er und 1990er Jahren, eine stärker keynesianische bzw. sozialdemokratische Ausrichtung der EU vorzunehmen, sind praktisch gänzlich gescheitert, während sich neo-liberale und neoklassische Politiken durchsetzen konnten. Formal fand dies den Ausdruck in den Maastricht-Kriterien und der Lissabon Agenda. Heute ist die organisierte Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen auf europäischer Ebene noch stärker in der Defensive und nach wie vor stark fragmentiert (Van Apeldoorn 2013). Dem stehen trans-nationale Klassenfraktionen und insbesondere in Deutschland verortete Kapitalinteressen gegenüber, die ihre Vorstellungen bislang auf europäischer Ebene sehr erfolgreich durchsetzen konnten (Cafruny 2015). Aus politökonomischer Perspektive scheint es daher äußerst fraglich, ob ein pro-europäisches keynesianisch inspiriertes Modell, eventuell versetzt mit Elementen des „grünen Kapitalismus“, aufgrund der Kräfteverhältnisse und der entsprechend schwachen sozialen Basis (Buckel et al. 2012) in näherer Zukunft durchgesetzt werden kann.

3.3 Radikaler Reformismus und post-kapitalistische Entwicklung

Kritische politische ÖkonomInnen erachten den Kapitalismus als widersprüchliche Produktionsweise, die immer wieder zu Krisen sowie zu sozial und ökologisch unerwünschten Entwicklungen führt. In einem ersten Schritt soll daher die kapitalistische Produktionsweise dahingehend verändert werden, dass besonders problematische Entwicklungen eingedämmt werden. Entsprechend wäre zunächst die Überwindung der neoliberalen Wirtschaftsweise anzustreben. In weiteren Schritten solle im Zuge des radikalen Reformismus schlussendlich eine post-kapitalistische Produktionsweise durchgesetzt werden (Jäger/Springler 2012). Auch wenn politische ÖkonomInnen dies als grundsätzlich erstrebenswert betrachten, so sehen sie in der Regel doch heute solche emanzipatorischen Entwicklungen in Europa in weite Ferne gerückt. Trotz der bislang weiteren autoritären Verfestigung neo-liberaler wirtschaftspolitischer Institutionen im Zuge der Krise ist eine Erosion neo-liberaler Hegemonie festzustellen. Damit wird grundsätzliche Kritik am aktuellen Wirtschaftssystem, wie sie sich etwa im Post-Wachstumsdiskurs oder im Wiedererstarken eines breiteren „Entwicklungsdiskurses“ manifestiert, gestärkt. Diese Diskurse streben nicht alleinig eine Rückkehr zum Status vor der Krise an, sondern können zur Etablierung eines progressiveren Modells beitragen, welches u.a. zu einer tendenziellen Homogenisierung der räumlichen Entwicklungen beitragen könnte. Während

Post-Keynesianismus Hinweise darauf liefert, wie Wachstum vor allem durch Stabilisierung der Nachfrage wieder hergestellt werden könnte, liefert die Politische Ökonomie Ansatzpunkte für tiefgreifende Reformen, um multiple Formen der Ausbeutung zu reduzieren und Wirtschaft und Gesellschaft zu demokratisieren (vgl. Jäger/Springler 2015). Überdies wird aus politökonomischer Perspektive auf die Notwendigkeit ökologischer nachhaltiger Produktionsweisen in der EU hingewiesen (Lipietz 2013, Novy 2013). Diese aufstrebenden grundsätzlicheren Debatten und visionären Vorschläge führen dazu, dass der diskursive Rahmen für mögliche Politiken verschoben und die Basis für neue Kompromisse gelegt werden können. Soziale Kräfte, die eine weitreichende gesellschaftliche Veränderung fordern, sind jedoch derzeit sehr schwach. Nicht zuletzt die ungleiche und ungleichzeitige Entwicklung der Krise in Europa erschwert eine entsprechende Verdichtung der Kräfte (Becker 2014, Buckel et al. 2012). Radikaler Reformismus ist damit in der mittleren Frist noch unwahrscheinlicher als die Etablierung eines keynesianisch-sozialdemokratisch orientierten Modells auf europäischer Ebene. Letzteres könnte in der langen Frist jedoch ein Schritt in Richtung sich verändernder Kräfteverhältnisse sein und damit auch den Weg für weitreichendere Veränderungen der Produktionsweise mit entsprechend verbundenen räumlichen Implikationen legen.

3.4 Verfestigung des autoritären Neo-Liberalismus und ad-hoc Krisenmanagement

Bislang hat die Krise dazu geführt, dass sich autoritärer Neo-Liberalismus mit deutlichem anti-keynesianischem Bias auf europäischer Ebene verfestigt hat. Mit Ausnahme der auf Kalecki (1943) zurückgehenden Tradition im Post-Keynesianismus ist dies schwer zu erklären, da politische Dimensionen weitgehend ausgeblendet bleiben. Kritische Politische Ökonomie teilt die Perspektive, dass es sich bei neo-liberaler Politik zwar nicht um eine adäquate Wachstumspolitik für Europa handelt, da dabei Ungleichgewichte und Widersprüche verstärkt werden, sie sieht Neo-Liberalismus jedoch weniger als wirtschaftspolitische Strategie, sondern als Regulationsmodus, um die Interessen von Lohnabhängigen zurückzudrängen (Duménil/Lévy 2011). Krisenmanagement wird daher weniger aus einer Wachstumsperspektive, sondern vielmehr als der Verfestigung bzw. Durchsetzung von Machtverhältnissen dienend betrachtet. Diese Politik hat nicht nur für die europäische Peripherie, sondern auch für Deutschland im Zentrum aufgrund der gestiegenen Exportabhängigkeit (Bruff 2014) negative Implikationen für das Wachstum. Wie Bieling (2013) zeigt, kann diese Form des Krisenmanagements und der Verfestigung autoritären Neo-Liberalismus auch als „passive Revolution“ von „oben“ erachtet werden. Die bisher durchgeführten Veränderungen haben damit nicht die Grundlagen für ein Wachstumsmodell gelegt, weshalb sie nicht als erfolgreich angesehen werden können. Politökonomische Zugänge weisen auf die Komplexität der Strukturen, AkteurlInnen und Auseinandersetzungen in der aktuellen Krise in Europa hin. Während es gelungen war, kapitalistische Entwicklung im Fordismus in Westeuropa weitgehend zu stabilisieren, so scheint es angesichts der divergierenden Interessen, interdependenten Prozesse und der Strukturen abhängiger Entwicklung und damit verbundener Prozesse von Entwicklung und Unterentwicklung im heutigen Europa schwer möglich, wesentliche Widersprüche zumindest temporär aufzuheben. Die strategische Selektivität (Jessop 2002), die schon vor der Krise auf EU-Ebene zugunsten von Kapitalinteressen gegeben war, hat sich mit der Krise noch weiter verstärkt. Insbesondere wurden durch eine partielle Verschiebung des Lohnverhältnisses auf EU-Ebene die Implikationen der strategischen Selektivität weiter zu Ungunsten der Lohnabhängigen verschärft. Damit ist zu erwarten, dass sich räumliche Disparitäten weiter zuspitzen. Trans-nationale Unternehmen können damit in Europa auf längere Sicht von

sehr heterogenen Wirtschaftsstrukturen und unterschiedlichen Lohnniveaus ausgehend ihre Produktionsketten entsprechend gestalten. Tendenziell kommt damit die Nachfrageorientierung unter Druck und die Exportorientierung steigt. Die Bestrebungen, TTIP durchzusetzen, können in diesem Kontext als Strategie erachtet werden, neue Räume für exportorientiertes Wachstum zu eröffnen. TTIP dürfte jedoch mit sehr hohen sozialen Kosten für Europa verbunden sein und ungleiche Entwicklungen verstärken. Es ist davon auszugehen, dass allenfalls das um Deutschland zentrierte Produktivsystem davon profitieren wird (vgl. Raza et al. 2014). Vor dem Hintergrund der ökonomischen Größe der EU im globalen Kontext ist es jedoch fraglich, ob eine entsprechend auf außerhalb der EU orientierte Exportstrategie unter weiterer Vernachlässigung des Binnenmarkts eine gangbare Strategie darstellt. Vielmehr ist davon auszugehen, dass das für die Krise ursächliche Problem der Überakkumulation, das sich aus der ungleichen (funktionalen) Einkommensverteilung ergibt, nicht gelöst wird. Die Widersprüche werden vor allem an der europäischen Peripherie sichtbar. Dazu trägt wesentlich bei, dass es den dominanten Gruppen im Zentrum sehr gut gelingt, ihre Interessen im Rahmen der europäischen Governance-Strukturen in ganz Europa durchzusetzen, während die Peripherie darauf bislang keinen nennenswerten Einfluss hat. Diejenigen Länder, die – wenn auch untergeordnet – Teil des produktiven Modells rund um Deutschland sind, haben damit eine deutlich bessere Ausgangsposition, als jene, in denen die Vergangenheit vor allem durch De-Industrialisierung und finanzialisierte Akkumulationsregimes gekennzeichnet war. Die Ausweglosigkeit der Situation wird die Suche nach alternativen nationalen Entwicklungsstrategien in der Peripherie befeuern. In vielen Fällen wird damit ein deutlicher Bruch mit bisherigen neo-liberal orientierten europäischen Politiken einhergehen. Interne Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnisse werden die jeweiligen nationalen Entwicklungswege wesentlich bestimmen (vgl. Becker/Jäger/Weissenbacher 2013, Bohle 2013). Es ist davon auszugehen, dass diese nationalen Entwicklungen erhebliche Rückwirkungen auf die Europäische Union haben werden. Entsprechend ist aus politökonomischer Perspektive eine längere Periode der Instabilität in Europa zu erwarten.

4. Schlussfolgerungen zu Entwicklungsstrategien

Wie oben dargelegt, erscheint ein keynesianisch/sozialdemokratisches Europa mittelfristig nicht durchsetzbar. Vielmehr ist von einer einstweiligen Verfestigung eines autoritären Neo-Liberalismus und einer weiteren Fortsetzung der aktuellen ad-hoc-Politik als der wahrscheinlichsten mittelfristigen Entwicklung auszugehen. Damit ist von einer weiteren Zuspitzung der Krise und einer Vertiefung der Divergenzen zwischen dem produktiven Zentrum und den direkt produktiv eingebundenen Räumen sowie dem Rest der Peripherie auszugehen. Vor dem Hintergrund einer fehlenden für Kohärenz und räumliche Kohäsion sorgenden Politik auf europäischer Ebene bleiben daher mittelfristig nur Strategien auf nationaler und lokal-regionaler Ebene, um entsprechend negative Krisenauswirkungen abzuwenden bzw. auf Wachstum und Ausgleich zielende Maßnahmen zu implementieren. Nationale Strategien, die Lohnabhängige und nationale Kapitalinteressen zumindest partiell vereinen, scheinen daher wahrscheinlicher als ein von ArbeitnehmerInnen erheblich mitgeprägter neuer Klassenkompromiss auf europäischer Ebene. Bislang handelte es sich auf nationaler Ebene vielfach um Abwehrkämpfe der Lohnabhängigen gegen im Zuge der Krise implementierte Maßnahmen, die die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen implizierten. Vielfach waren diese defensiven Kämpfe wenig erfolgreich und haben zu einer Delegitimierung etablierter Parteien und Interessenvertretungen geführt. Damit wird der Weg für radikalere (lokal-regionale) nationale politische

Projekte, seien sie jetzt rechter oder linker Orientierung, geebnet. Die Entwicklungen in Ungarn mögen bereits einen Vorgeschmack geben, aber auch in Griechenland, Spanien und Frankreich scheinen sich – mit jeweils unterschiedlichen politischen Vorzeichen – entsprechende Entwicklungen abzuzeichnen. Heterodoxe, von der EU-Governancestruktur deutlich abweichende nationale wirtschaftspolitische Maßnahmen sind daher zu erwarten. Damit werden auf Ebene der Europäischen Union die zentrifugalen Kräfte stärker, was in weiterer Folge in der EU zu einem Überdenken der bisherigen neo-liberalen Politik durch die dominanten Kräfte führen könnte. Die Forderung nach einer Neugründung Europas (Husson 2011) wäre in diesem Sinne zu verstehen. Aber auch eine weitere Zuspitzung bisheriger Politikmuster auf europäischer Ebene und die Intensivierung des offenen Konflikts sind keinesfalls auszuschließen. Die weitere Zunahme geo-politischer und neo-imperialistischer Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen an den Rändern der EU ergänzt dieses Bild. Keynesianisch inspirierte Politiken, die die Nachfrage vor allem über Militärausgaben steigern – sogenannter Militärkeynesianismus (Kalecki 1943) –, scheinen daher keinesfalls ein Relikt der Vergangenheit, sondern eine möglicher Weise drohende Zukunft.

5. Literatur

- Arrighi, G. (2008): Adam Smith in Beijing: Die Genealogie des 21. Jahrhunderts Hamburg: VSA.
- Becker, J. (2014): Ist eine andere EU möglich? Kurswechsel 1/2014, S. 92-96.
- Becker, J. / Jäger, J. (2010): Development Trajectories in the Crisis in Europe. *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*. 18 (1), S. 5-27.
- Becker, J. / Weissenbacher, R. (2014): Berlin consensus and disintegration. Monetary regime and uneven development in the EU. In: Dymarski, W. / Frangakis, M. / Leaman, J. (eds.): *The deepening crisis of the European Union: The case for radical change*. Poznan: Poznan Univ., S. 15-32.
- Becker, J. / Jäger, J. / Weissenbacher, R. (2013): Abhängige Finanzialisierung und ungleiche Entwicklung. Zentrum und Peripherie im europäischen Integrationsprozess. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 29 (3), S. 34-54.
- Berthold, N. / Braun, S. / Coban, M. (2014): Das Scheitern historischer Währungsräume. Kann sich die Geschichte auch für die Eurozone wiederholen? In: *WiSt Wirtschaftswissenschaftliches Studium. Zeitschrift für Studium und Forschung* 43 (11), S. 596-607.
- Bieling, H.J. (2013): European Financial Capitalism and the Politics of (De-)financialization. In: *Competition & Change* 17 (3), S. 283-298.
- Bohle, D. (2013): Europas andere Peripherie: Osteuropa in der Krise. *Das Argument*. 55 (1/2), S. 118-129.
- Bruff, I. (2014): Germany and the crisis: steady as she goes? In: Westra, R. / Badeen, D. / Albritton, R. (eds.): *The Future of Capitalism After the Financial Crisis: The Varieties of Capitalism Debate in the Age of Austerity*. Oxon: Routledge. (i.E.).
- Buckel, S. et al. (2012): "... wenn das Alte nicht stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann." Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise. In: *Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (ed.): Die EU in der Krise*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 12-49.
- Cafruny, A. (2015): The European Question and the Rise of German Power. In: Jäger, J. / Springler, E. (eds.): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives*. Oxon: Routledge (i.E.).
- Cafruny, A.W. / Ryner, J. M. (2007): *Europa at Bay. In the Shadow of US Hegemony*. London: Lynne Rienner Publ.
- Cardoso, F. H. / Faletto, E. (1979 [1971]): *Dependency and Development in Latin America*. Berkeley: Univ. of California Pr.
- Drahokoupil, J. / Myant, M. (2012): The European sub-prime financial crisis and the East-European periphery. In: Nousios, P. / Overbeek, H. / Tsolakis, A. (eds.): *Globalisation and European Integration. Critical approaches to regional order and international relations*. Oxon: Routledge, S. 130-153.
- Duménil, G. / Lévy, D. (2004): *Capital Resurgent. Roots of the neoliberal Revolution*. Cambridge, MA: Harvard Univ. Pr.
- Duménil, G. / Lévy, D. (2011): *The Crisis of Neoliberalism*. Cambridge, MA: Harvard Univ. Pr.

- Euromemogroup (2014): EuroMemorandum 2014. The deepening divisions in Europe and the need for a radical alternative to EU policies. [online] Available from http://www2.euromemorandum.eu/uploads/euromemorandum_2014.pdf (2.10.2014)
- Grahl, J. (2025): Social Europe and the Crisis of the European Union. In: Jäger, J. / Springler, E. (eds.): Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives. Oxon: Routledge (i.E.).
- Heinrich, M. / Jessop, B. (2013): Die EU-Krise aus Sicht der Kulturellen Politischen Ökonomie. Das Argument. 55 (1/2), S. 19-33.
- Husson, M. (2011): Exit or voice? A European Strategy of rupture. In: Panitch, L. / Albo, G. / Chibber, V. (eds.): The Crisis and the Left. Socialist Register 2012. Vol. 298-306. London: Merlin Pr.
- Jäger, J. / Springler, E. (2012): Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Wien: Mandelbaum.
- Jäger, J. / Springler, E. (eds. 2015): Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives. Oxon: Routledge (i.E.).
- Jäger, J. / Mader, K. / Springler, E. (2014): Zur Verknüpfung von postkeynesianischen und politökonomischen Perspektiven zur Analyse von Krisen: FH des bfi Wien Working Paper Series.
- Jessop, B. (2002): The Future of the Capitalist State. Cambridge: Polity.
- Kalecki, M. (1943): Political Aspects of Full Employment. Political Quarterly 14. S. 322-331.
- Lapavitsas, C. et al. (2011): Breaking Up? A Route Out of the Eurozone. Occasional Report. RMF. London.
- Lapavitsas, C. / Flassbeck, H. (2015): Confronting the failure of the European Monetary Union. In: Jäger, J. / Springler, E. (eds.): Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives. Oxon: Routledge (i.E.).
- Lehndorff, S. (2014): Spaltende Integration: Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa - revisited. Hamburg: VSA.
- Lipietz, A. (2013): Fears and hopes: The crisis of the liberal-productivist model and its green alternative. Capital & Class. 37 (1), S. 127-141.
- Marini, R. M. (1991 [1973]): Dialéctica de la dependencia. Ciudad de México: Ediciones Era.
- Navarro, V. (2011): Crisis and Class Struggle in the Eurozone. The Cases of Spain, Greece, Ireland and Portugal. Counor Punch (Weekend Ed. August 19-21, 2011).
- Niechoj, T. (2015): Which future for Europe? A Scenario Analysis of European Integration. In: Jäger, J. / Springler, E. (eds.): Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives. Oxon: Routledge (i.E.).
- Novy, A. (2013): Ein gutes Leben für alle - ein europäisches Entwicklungsmodell. Journal für Entwicklungspolitik. 29 (3), S. 77-104.
- Oberndorfer, L. (2015): From New Constitutionalism to Authoritarian Constitutionalism: New economic governance and the state of European Democracy. In: Jäger, J. / Springler, E. (eds.): Asymmetric Crisis in

- Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives. Oxon: Routledge (i.E.).
- Petras, J. (2013): Imperialism and Capitalism in the Twenty-First Century. A System in Crisis. Farnham: Ashgate.
- Prebisch, R. (1976): A Critique of Peripheral Capitalism. In: CEPAL Reviews (First Semester 1976), S. 9-76.
- Raza, W. et al. (2014): Assess_TTIP: Assessing the Claimed Benefits of the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). ÖFSE. http://www.guengl.eu/uploads/plenary-focus-pdf/ASSESS_TTIP.pdf . (2.10.2014)
- Smith, N. (2008): Uneven Development. Nature, Capital, and the Production of Space. Athens/Georgia: The Univ. of Georgia Pr., 3. ed.
- Springler, E. (2013): Postkeynesianische Alternativen in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik: Lösungsvorschläge zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Wirtschaft und Gesellschaft. 39 (2), S. 125-151.
- Stockhammer, E. / Köhler, K. (2015): Linking a post-Keynesian approach to political economy: debt-led growth, export-led growth and the crisis in Europe. In: Jäger, J. / Springler, E. (eds.): Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives. Oxon: Routledge (i.E.).
- Van Apeldoorn, B. (2013): The European capitalist class and the crisis of its hegemonic project. In: Panitch, L., Albo, G. / Chibber, V. (eds.): Registering Class. Socialist Register 2014. London: Merlin Pr.
- Van Apeldoorn, B. / Drahokoupil, J. / Horn, L. (eds.) (2009): Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance. From Lisbon to Lisbon. Houndmills: Palgrave Macmillan.

Working Papers und Studien der Fachhochschule des bfi Wien

2014 erschienene Titel

Working Paper Series No 83

Johannes Jäger / Katharina Mader / Elisabeth Springler: Zur Verknüpfung von postkeynesianischen und kritischen politökonomischen Perspektiven zur Analyse von Krisen. Wien Dezember 2014

Studien 2014

Roman Anlanger / Luis Barrantes / Wolfgang A. Engel / Roland J. Schuster / Gregor Weiche: Technischer Vertrieb. Panelstudie 2014. Status quo des technischen Vertriebs. Wien Mai 2014

2013 erschienene Titel

Working Paper Series No 79

Karin Brünemann: The strategic importance of intercultural competency for project managers in the 21st century. Wien Jänner 2013

Working Paper Series No 80

Marcus Kliaras / Matthias Maurer: Spread Risk und Solvency II. Vergleich internes Modell vs. Standardansatz. Wien März 2013

Working Paper Series No 81

Patrick Burger / Marcus Kliaras: Jump Diffusion Models for Option Pricing vs. the Black Scholes Model. Wien Mai 2013

Working Paper Series No 82

Peter Sturm: Modelle, Normen und Methoden des Qualitätsmanagements und ihre Praktikabilität für die hochschulische Qualitätssicherung. Wien November 2013

2012 erschienene Titel

Working Paper Series No 68

Wolfgang Aussenegg / Christian Cech: A new copula approach for high-dimensional real world portfolios. Wien Jänner 2012

Working Paper Series No 69

Roland J. Schuster: Aus der Praxis für die Praxis: Didaktik Best Practice aus dem Studiengang TVM. Praxisbeispiele zum LV-Typ Projekt(arbeit). Wien März 2012

Working Paper Series No 70

Björn Weindorfer: QIS5: A review of the results for EEA Member States, Austria and Germany. Wien Mai 2012

Working Paper Series No 71

Björn Weindorfer: Governance under Solvency II. A description of the regulatory approach and an introduction to a governance system checklist for the use of small insurance undertakings. Wien August 2012

Working Paper Series No 72

Johannes Jäger: Solvency II. Eine politökonomische Perspektive auf die europäischen Regulierungen im Versicherungssektor. Wien Juli 2012

Working Paper Series No 73

Silvia Helmreich: Solvency II. Derzeitige und künftige Anforderungen an das Meldewesen der Versicherungen. Wien August 2012

Working Paper Series No 74

Christian Cech: Die Eigenmittelanforderungen an Versicherungen im Standardansatz von Solvency II. Wien September 2012

Working Paper Series No 75

Christian Steinlechner: Konzept zur Datenhaltung für Forschungszwecke. Wien Oktober 2012

Working Paper Series No 76

Alois Strobl: Immobilienindizes als Zeitreihe und als Funktion makroökonomischer Variablen. Wien Oktober 2012

Working Paper Series No 77

Björn Weindorfer: A practical guide to the use of the chain-ladder method for determining technical provisions for outstanding reported claims in non-life insurance. Wien Oktober 2012

Working Paper Series No 78

Axel Zugschwert: Avatare und soziale Kompetenz von ProjektleiterInnen in globalen virtuellen Projektteams. Wien November 2012

Studien 2012

Roman Anlanger / Luis Barrantes / Gerhard Karner: Vertriebscontrolling. Wissenschaftliche Studie 2012. Status quo des Vertriebscontrolling. Wien April 2012

Roland J. Schuster: Schriften zur Interventionswissenschaft. Wien April 2012

Elisabeth Kreindl / Gerhard Ortner / Iris Schirl: Outsourcing von Projektmanagement-Aktivitäten. Wien März 2012

2011 erschienene Titel

Working Paper Series No 63

Roland J. Schuster: Zur Methode der psychoanalytischen Organisationsbeobachtung. Wien Juli 2011

Working Paper Series No 64

Björn Weindorfer: Solvency II. Eine Übersicht. Wien August 2011

Working Paper Series No 65

Elisabeth Brunner-Sobanski: Internationalisierung und berufsbegleitendes Studieren. Wien August 2011

Working Paper Series No 66

Roland J. Schuster / Anton Holik / Edgar Weiss: Aus der Praxis für die Praxis – Didaktik Best Practice aus dem Studiengang TVM – Teamteaching. Wien Dezember 2011

Working Paper Series No 67

Grigori Feiguine: Versicherungswirtschaft in Russland. Chancen und Risiken der ausländischen Unternehmen auf dem russischen Versicherungsmarkt. Wien Dezember 2011

Studien 2011

Elke Holzer / Rudolf Stickler: Die österreichische Versicherungswirtschaft. Struktur, Wirtschaftlichkeit und Entwicklung. Wien April 2011

Elisabeth Kreindl / Ina Pircher / Roland J. Schuster: Ein kritischer Blick auf die (Un)Tiefen des Begriffs *Kultur* im Projektmanagement. Wien Dezember 2011

2010 erschienene Titel

Working Paper Series No 58

Grigori Feiguine: Einflüsse der internationalen Finanzkrise auf den Finanzsektor Russlands. St. Petersburg 2010

Working Paper Series No 59

Johannes Jäger: Bankenregulierung in der Krise. Wien April 2010

Working Paper Series No 60

Günter Strauch: Gibt es Zwillingskompetenzen? Untersuchung 2010 mit dem KODE® System. Wien September 2010

Working Paper Series No 61

Elisabeth Kreindl: Virtuelle Arbeitsumgebungen. Zukünftige Arbeitswelten von geographisch verteilten Projektteams?. Wien Dezember 2010

Working Paper Series No 62

Ina Pircher: Motivationsfördernde Maßnahmen und Anreizsysteme für Projektpersonal an Hochschulen am Beispiel der Fachhochschule des bfi Wien. Wien Dezember 2010

Studien 2010

Wolfgang A. Engel / Roman Anlanger / Thomas Benesch: Technischer Vertrieb. Panelstudie 2010. Status quo des technischen Vertriebs. Wien Mai 2010

2009 erschienene Titel

Working Paper Series No 54

Mario Lehmann / Christoph Spiegel: Analyse und Vergleich der Projektmanagement-Standards von OGC, pma sowie PMI. Wien April 2009

Working Paper Series No 55

Nathalie Homlong / Elisabeth Springler: Attractiveness of India and China for Foreign Direct Investment: A Scoreboard Analysis. Wien Juni 2009

Working Paper Series No 56

Thomas Wala / Barbara Cucka / Franz Haslehner: Hohe Manager/innengehälter unter Rechtfertigungsdruck. Wien Juni 2009

Working Paper Series No 57

Thomas Wala / Franz Haslehner: Unternehmenssteuerung in der Krise mittels Break-Even-Analyse. Wien Dezember 2009

Studien 2009

Roman Anlanger / Wolfgang A. Engel: Technischer Vertrieb. Panelstudie 2009. Status quo des technischen Vertriebs. Wien Juli 2009

2008 erschienene Titel

Working Paper Series No 42

Thomas Wala / Franz Haslehner: Was ist eine Diplomarbeit? Wien Februar 2008

Working Paper Series No 43

Vita Jagric / Timotej Jagric: Slovenian Banking Sector Experiencing the Implementation of Capital Requirements Directive. Wien Februar 2008

Working Paper Series No 44

Grigori Feiguine / Tatjana Nikitina: Die Vereinbarung Basel II – Einflüsse auf den russischen Finanzsektor. Wien Februar 2008

Working Paper Series No 45

Johannes Rosner: Die Staatsfonds und ihre steigende Bedeutung auf den internationalen Finanzmärkten. Wien März 2008

Working Paper Series No 46

Barbara Cucka: Prävention von Fraudhandlungen anhand der Gestaltung der Unternehmenskultur – Möglichkeiten und Grenzen. Wien Juni 2008

Working Paper Series No 47

Silvia Helmreich / Johannes Jäger: The Implementation and the Consequences of Basel II: Some global and comparative aspects. Wien Juni 2008

Working Paper Series No 48

Franz Tödtling / Michaela Trippl: Wirtschaftliche Verflechtungen in der CENTROPE Region. Theoretische Ansätze. Wien Juni 2007

Working Paper Series No 49

Andreas Breinbauer / August Gächter: Die Nutzung der beruflichen Qualifikation von Migrantinnen und Migranten aus Centrepe. Theoretische Analyse. Wien Juni 2007

Working Paper Series No 50

Birgit Buchinger / Ulrike Gschwandtner: Chancen und Perspektiven für die Wiener Wirtschaft im Kontext der Europaregion Mitte (Centrepe). Ein transdisziplinärer Ansatz zur Regionalentwicklung in der Wissensgesellschaft. Eine geschlechtsspezifische Datenanalyse. Wien Februar 2008

Working Paper Series No 51

Johannes Jäger / Bettina Köhler: Theoretical Approaches to Regional Governance. Theory of Governance. Wien Juni 2007

Working Paper Series No 52

Susanne Wurm: The Economic Versus the Social & Cultural Aspects of the European Union. Reflections on the state of the Union and the roots of the present discontent among EU citizens. Wien September 2008

Working Paper Series No 53

Christian Cech: Simple Time-Varying Copula Estimation. Wien September 2008

Studien 2008

Michael Jeckle: Bankenregulierung: Säule II von Basel II unter besonderer Berücksichtigung des ICAAP. Wien Juli 2008

Alois Strobl: Pilotstudie zu: 1. Unterschiede im Verständnis des Soft Facts Rating zwischen Banken und Unternehmen und 2. Unterschiede im Verständnis der Auswirkungen des Soft Facts Rating zwischen Banken und Unternehmen in Österreich. Wien Juli 2008

Roman Anlanger / Wolfgang A. Engel: Technischer Vertrieb Panelstudie 2008. Aktueller Status-quo des technischen Vertriebes. Wien Juli 2008

Andreas Breinbauer / Franz Haslehner / Thomas Wala: Internationale Produktionsverlagerungen österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. Wien Dezember 2008

Fachhochschule des bfi Wien Gesellschaft m.b.H.
A-1020 Wien, Wohlmutstraße 22
Tel.: +43/1/720 12 86
Fax.: +43/1/720 12 86-19
E-Mail: info@fh-vie.ac.at
www.fh-vie.ac.at

